

SPD-Gemeinderatsfraktion-Elzach

Michael Meier, Fraktionssprecher

Eva-Maria Mund, stellv. Fraktionssprecher

Carmen Pontiggia

Frida Ketterer



www.spd-elzach.de
m.meier1@t-online.de

Haushaltsrede 2026

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Tibi,
sehr geehrter Herr Bührer,

03.02.2026

„Die Kommunalfinanzen befinden sich im freien Fall...“
„Die finanzielle Lage der Kommunen und Landkreise ist ernst...“
„Wir erleben derzeit kommunale Haushaltsdefizite von noch nie dagewesenem Ausmaß.“
„Dies ist die kritischste Situation, die ich in der Kommunalpolitik erlebt habe.“

Das sind nur einige Aussagen von Landräten, Vertretern des Gemeinde- oder Landkreistages, Oberbürgermeistern und Bürgermeistern die sich jedoch inhaltlich gleichen. Die damit einhergehenden Analysen und Lösungsansätze fallen mal mehr oder weniger drastisch aus.

Der Landrat vom Kreis Breisgau-Hochschwarzwald Christian Ante sagt, dass es so weit kommt, hat sich schon vor Jahren abgezeichnet. Wir haben in guten Zeiten, eine Daseinsvorsorge entwickelt, die auf stetiges Wachstum ausgelegt ist. Zu wenig wurde hinterfragt, ob man in schlechten Zeiten Leistungen aufrechterhalten kann und notwendige effizienter erbringen. Das zieht sich quer durch alle Staatsebenen. Ursächlich sei auch ein zu hoher Steuerungsanspruch der Politik, die bis in die Gemeinden hinein vorschreiben will, wie Leistungen zu erbringen sind. Das schafft unnötige Bürokratie und mindert die Effizienz.

Immer neue Gesetze sorgen für Mehrausgaben und steigende Personalkosten. Mittlerweile werden 12 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland vom Staat bezahlt. „Dieser Personalapparat wurde in einem Maß aufgebläht, das nicht mehr vertretbar ist.“ Diese Aussage stammt vom Hauptgeschäftsführer des Landkreistages Baden-Württemberg Alexander Komorowski.

Ein Beispiel ist das Bundesteilhabegesetz. Gut gemeint, schlecht gemacht. Das Bundesteilhabegesetz vermittelt vor allem Teilhabe an Bürokratie. Hierzu hat der Kreistag in Emmendingen eine Resolution mit folgendem Inhalt beschlossen:

Die finanzielle und personelle Überforderung der Landkreise und Kommunen haben sich in den vergangenen Jahren erheblich verschärft.

Seit Jahren sind die Sozialausgaben enorm stark angestiegen, getrieben durch gesetzliche Vorgaben auf Bundesebene. Diese Ausgaben sind in den Kreisen und Kommunen aber nicht auskömmlich oder nachhaltig gegenfinanziert. Die größten Steigerungen in den Sozialhaushalten sind damit zu den wesentlichen Kostentreibern der kommunalen Haushalte geworden.

Weil das Konnexitätsprinzip nicht greift, sind allein die Kommunen und Landkreise finanziell verantwortlich um zentrale Leistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung, Soziales oder Infrastruktur weiterhin sicherstellen zu können.

Der Gemeindetags Präsident Steffen Jäger sprach jüngst mit einem offenen Appell der Kommunen von einer ernsten Lage. Er verweist auf internationale Krisen, den anhaltenden Krieg in der Ukraine und die verschärfte geopolitische Lage, die auch Deutschland stärker in die Pflicht nehme. Wir können uns nicht mehr darauf verlassen, dass andere unsere Verteidigung übernehmen. Wir sind selbst gefordert. Gleichzeitig sei die wirtschaftliche Basis unseres Gemeinwesens bedroht. Zwei Jahre Rezession, Standort Verlagerungen, wachsender internationaler Wettbewerbsdruck. Unsere Volkswirtschaft hat den Schwung verloren. Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit ist jedoch die Grundlage für alles andere.

Zahlreiche Analysten fordern eine gesamtstaatliche Reform. Wir brauchen eine ehrliche Aufgaben- und Standard Kritik, die den Mut hat, Prioritäten zu setzen und an den morschen Strukturen des Staats und unseres Sozialsystems etwas ändern will. Man kann den Befund vieler Bürger durchaus teilen, dass sie früher für ihre erhebliche Steuerleistung auch eine entsprechende staatliche Gegenleistung in Form von Infrastruktur, Bildung und Sicherheit erhalten haben. Heute erleben die Menschen trotz staatlicher Rekordeinnahmen einen Reformstau – bei der Bahn, beim Bürokratieabbau, bei der öffentlichen Daseinsvorsorge. Und wir müssen neu Fragen: was kann und muss der Staat leisten und was kann er nicht mehr leisten, ohne sich selbst zu überfordern?

Die Bürger müssen sich auch von hohen Erwartungen verabschieden. Unser Staat hat die Einzelfallgerechtigkeit fast zum Fetisch erhoben. Sie lässt sich weder durchhalten noch administrieren. Das führt zu kostspieligsten Lösungen, weil individuelle Rechtsansprüche geschaffen werden. Der nächste Rechtsanspruch, die Ganztagsbetreuung, steht schon vor der Tür. Hier hätte man beispielsweise den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung weglassen und die entsprechenden Mittel den Kommunen direkt geben sollen, damit sie vor Ort das umsetzen, was ihre Bürger wirklich brauchen. Das ist Basisdemokratie und Subsidiarität. Warum in Berlin entscheiden, was für die Städte und Gemeinden richtig ist? Das weiß man vor Ort oft besser.

Mit noch deutlicheren Worten forderten jüngst die vier Oberbürgermeister aus Tübingen, Ludwigsburg, Esslingen und Schwäbisch Gmünd Reformen und Verzicht und nehmen auch die Bürgerschaft in die Pflicht. Als eines der ersten Dinge muss darüber nachgedacht werden, wie sich Kommunen finanzieren, deren Finanzierungsinstrumente stammen aus den 1950er Jahren. Wenn die Bundesregiereregierung auf Maßnahmen wie die Absenkung der Mehrwertsteuer für Gastronomen, die erhöhte Pendlerpauschale und die ausgeweitete Mütterrente verzichtet hätte, hätten die Kommunen mehr als doppelt so viel Geld erhalten können aus dem Milliarden Fonds für Infrastruktur. Sie forderten ein Ende des überzogenen Gold- und Platin Standards, beklagten eine gewisse Entfremdung zwischen Ministerialverwaltung und kommunalem Alltag und schlugen ein dreimonatiges Praktikum für Beamte in Kommunalverwaltungen vor. Die Frage nach ihrer wichtigsten Forderung: „...uns machen lassen.“

In einem herrscht Konsens:

Wenn es nicht gelingt, die kommunale Ebene zu stabilisieren, bricht etwas weg, das für unser Gemeinwesen von zentraler Bedeutung ist. Die historische Stärke der Bundesrepublik beruht auf ihrer dezentralen Struktur und der bedarfsgerechten Problemlösung vor Ort. Wenn die kommunale Selbstverwaltung finanziell ausgehungert wird, besteht Gefahr für Demokratie und sozialen Zusammenhalt. Die kommunale Selbstverwaltung, die nicht nur Baden-Württemberg stark gemacht hat, werde zunehmend eingeschränkt.

Mit einem sorgenvollen Blick auf das diesjährige Wahljahr, möchte ich nochmal zurück in das noch junge Jahr 2025. Friedrich Merz hatte die Bundestagswahl noch nicht mal gewonnen und prophezeite folgendes:

Wenn die nächste Bundesregierung es nicht schafft ohne Dauerstreit Entscheidungen zu treffen, die das Vertrauen der Deutschen zurückgewinne und die Wirtschaft wieder boomen ließe, dann ebne das den Rechtspopulisten den Weg an die Macht.

Man würde meinen, wer solche Warnungen einmal ausgesprochen und das Risiko des Scheiterns vor Augen hat, hat etwas begriffen. Zum Beispiel, dass die Zeiten keine parteitaktischen Spielchen mehr erlauben. Ich betone ausdrücklich, dies gilt für beide Regierungsparteien.

Die Bundesregierung sollte für sich den Mut der Agenda 2010 finden. Das gilt für den Sozialstaat, aber auch für viele andere Bereiche.

Fast schon widersprüchlich liest sich dabei eine Überschrift in der Badischen Zeitung:

„Großes Investitionspaket in Elzach“.

Dieses Investitionsvolumen speist sich im aktuellen und mittelfristigen Haushalt insbesondere aus Sanierung und Neubau der Karl-Siegfried-Bader Schule zur Gesamtgrundschule Elzach.

Hinzu kommen notwendige Arbeiten an der ehemaligen Grundschule in Oberprechtal, welche während der Bauphase als Interimslösung dient und sich in der Gesamtbetrachtung nun als Glücksfall erweist.

Damit einhergehend wird auch die Elektroinstallation in der Halle Oberprechtal erneuert.

Im Bereich der Kinderbetreuung weist der Haushalt 2026 erneut einen Anstieg des Aufwandsvolumens auf, woraus sich ein Defizit von rund 3 Mio. Euro ergibt.

Erfreulich ist das sich der dynamische Kostenanstieg der vergangenen Jahre spürbar verlangsamt. Die Höhe der Betriebskostenzuschüsse ging im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurück, wobei das Kinderhaus Sonnentänzer als mittlerweile neunte Einrichtung dabei noch unberücksichtigt ist. Der Betreuungsbedarf ist damit vollständig gedeckt, so dass man davon ausgehen darf, dass langfristig keine zusätzliche Einrichtung benötigt wird.

Daneben belastet die laufende Unterhaltung des Infrastrukturvermögens den städtischen Haushalt erheblich. Die Stadt Elzach ist mit 75 qkm flächenmäßig die größte Gemeinde im Landkreis Emmendingen und muss ein ca. 200 km großes Straßennetz, ca. 100 Brücken und 25 Gebäude bzw. Gebäudekomplexe unterhalten was grundsätzlich zu hohen Sanierungs- und Unterhaltungskosten führt wie z.B. aktuell die Sanierung der Trinkwasserversorgung im Ortsteil Prechtal.

Während der Ausbau des Nahwärmenetzes im Kernstadtbereich sein vorläufiges Ende erreicht hat, ist der Neubau der Heizzentrale an der B 294 sichtbares Zeichen der Nahwärmegenossenschaft Prechtal, dass die Anschluss Teilnehmer spätestens zum nächsten Winter mit Nahwärme versorgt werden. Somit werden auch die großen Mühen der ehrenamtlichen Vorstände und Aufsichtsräte beider Genossenschaften belohnt.

Viel investiert wird weiterhin in Infrastrukturmaßnahmen des ÖPNV. Der Umbau des Bahnhofs zum multimodalen Verkehrsknoten, die barrierefreien Bushaltestellen und der Ausbau des verkehrsberuhigten Bereichs am Schulzentrum finden in den nächsten Wochen ihren Abschluss. Auch wenn das viel beschworene Chaos bei der Parkplatzsuche während der Baumaßnahme am Bahnhof ausblieb, so ist eines der Ziele des neuen ZOB mehr Pendler von der Straße auf die Schiene zu bringen.

Der überfraktionelle Antrag Planungskosten für die Erweiterung von „Parken an der Elz“ in den Haushalt einzustellen zeigt deutlich den Willen des Gemeinderates das Ergebnis der Planungen auch umzusetzen, was auch einer weiteren Entwicklung im Innenstadtbereich zugutekommt.

Eine hohe Aufenthaltsqualität macht Innenstädte attraktiver und lebenswerter. Der öffentliche Raum sollte ausgelegt werden für Begegnung und Erlebnis, für mehr Grün, für Handel und Gastronomie, Kultur, emissionsfreie Mobilität, für Spiel- und Sportplätze. Dies zieht nicht nur Besucher an, sondern fördert auch das Wohlbefinden der Bewohner. Eine schön gestaltete saubere Stadt fördert den lokalen Handel und die Gastronomie. Aktuell lässt sich eine erfreuliche Entwicklung feststellen, da wir, nach Abschluss der jeweiligen Umbauarbeiten, bis zur Jahresmitte keine Leerstände zu verzeichnen haben. Die gemeinsamen Anstrengungen von Stadtverwaltung und Gewerbeverein unterstützt von Wolfgang Koch gilt es fortzuführen. Die im Rahmen der Haushaltsberatungen besprochenen personellen Aufgabenverschiebungen Richtung Stadtmarketing und Tourismus gehören dazu und muss Fahrt aufnehmen.

Der seit vielen Jahren geplante Bau von Windrädern auf dem Gschasi ist nach wie vor Ziel von Verwaltung und Gemeinderat. Eine kleine aber offensichtlich gut vernetzte Gegnerschaft wusste dies bis dato zu verhindern. Zur Wahrheit gehört auch, dass die Realisierung dem kommunalen Haushalt zugutekommt. Fast schon grotesk mutet es an, dass nicht nur wir als Stadt Elzach gegen Pläne des Regionalverbandes zur Wehr setzen müssen, die nach dem Gießkannenprinzip neue Standorte für Windkraftanlagen ausweisen. Diese Planungen können nur mit Hilfe der Gießkanne erstellt worden sein, denn bei vielen Standorten ist der Begriff „Windhöflichkeit“ ein Fremdwort.

Trotz der immensen finanziellen Herausforderung ist es uns ein Anliegen die Pflichtaufgaben verlässlich zu erfüllen, ebenso wichtige erforderliche Planungen und Innovationen für Elzach im Rahmen des Gestaltungsspielraums umzusetzen.

Zum Schluss gilt unser besonderer Dank allen MitarbeiterInnen in der Verwaltung, dem Bauhof, den Technischen Betrieben, den Erzieherinnen, ebenso wie der Gesamtfeuerwehr und den Rettungskräften. Sie alle engagieren sich für eine attraktive lebenswerte sichere Stadt Elzach, sorgen für die Basisinfrastruktur und Standortqualität. Sie alle arbeiten für und mit Menschen und tragen große Verantwortung.

Beenden möchte ich meine Ausführungen nochmal mit einem Appell des Gemeindetagspräsidenten Steffen Jäger:

Die Gemeinden sind der Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind. Es gilt, diese Wirklichkeit anzuerkennen und aus der Krise den Mut zur Erneuerung zu schöpfen. Demokratie ist kein Bestellshop - sie ist die Einladung an alle, sich mit ganzer Kraft für eine freiheitliche und wohlständige Gesellschaft einzubringen. Und deshalb kann Demokratie auf Dauer nur erfolgreich sein, wenn wir alle unseren Beitrag dazu leisten.

Für die SPD-Fraktion, Michael Meier

